

Liebe Genossinnen und Genossen



Ein Gebäude brennt. Na gut, nicht irgendein Gebäude. Eine wunderschöne Kirche, eines der frühesten gotischen Kirchengebäude Frankreichs, deren Silhouette die Altstadt von Paris prägt. Das ist tragisch. Kulturschätze ungeahnten Ausmaßes gingen in den Flammen verloren. Durch den beherzten Einsatz der Feuerwehrleute ist es gelungen, zumindest einen Teil zu erhalten, so dass ein Wiederaufbau möglich erscheint. Innerhalb von zwei Tagen wurden von Privatpersonen nahezu eine Milliarde Euro hierfür gespendet. Die Feuerwehrleute wurden von Präsident Macron mit Orden für ihre Arbeit ausgezeichnet.

In den ersten Stunden herrschte in den sozialen Netzwerken vor allem die Betroffenheit. Schon kurz danach weiß die

AfD natürlich, wer die Schuldigen sind und hofft unverhohlen auf einen Terroranschlag. Die Verschwörungstheorien lassen nicht auf sich warten. Wer war der geheimnisvolle Mann auf dem Balkon (ein Feuerwehrmann, wie langweilig). Besonders inbrünstig wird über die Legitimation der Spenden und der Spender diskutiert. Man solle dankbar sein, das sei großartig auf der einen Seite.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

"Höcke will Anarchie, will unregierbar machen."	2
Opfer und Täter	7
„Das ist ein Akt der Solidarität“	9
Flüchtlinge sprachlich fördern	10
Menschenwürdige Unterkünfte	12
Der Nationalstaat ist ein Irrweg	13
„Das haben unsere Familien nicht verdient“	15
Starke Unterstützung für Fridays for Future	19
Mehrheit gegen sofortige Enteignung	20
Die SPD hat ein soziales und ökologisches Konzept	20
Impressum	22
Andy Stoch macht Mut	23
Mitgliederstatistik, Termine	25

Die andere Seite fragt, ob es nicht viel dringlichere Katastrophen gäbe, Kriege, Hungersnöte, Ertrinkende im Mittelmeer, Überschwemmungen und wo da die Hilfsbereitschaft bliebe.

Ich gestehe, auch mich hat diese überwältigende Hilfsbereitschaft für ein Gebäude, ein Symbol etwas irritiert. Zumal sowohl der Staat, dem es gehört, als auch die katholische Kirche nicht unbedingt am Hungertuche nagen. Nun denke ich schon, dass jeder Mensch mit seinem eigenen Geld machen kann, was er will. Solange es ehrlich verdient und anständig versteuert wurde. Ich finde aber auch, dass jeder das Recht hat, eine Gesellschaft zu hinterfragen, in der es einigen wenigen möglich ist, in so kurzer Zeit so viel Geld aufzubringen, während unzählige andere nicht genug zum Leben haben. Es gibt noch sehr viele Brände, die es wert wären, gelöscht zu werden.

Bül Stunneke.

**"Höcke will Anarchie,
will unregierbar
machen."**

Bei der SPD-Mahnwache „Für Demokratie, gegen Faschismus“ in Ihringen wurden am Freitag die wahren Absichten der Rechtsradikalen in der AfD öffentlich dargelegt.



Die Flüchtlinge sind an allem Schuld. Die Klimaaktivistin Greta Thunberg ist schlimmer als Hitler. Die AfDler sind die neuen Juden in Deutschland. Solch absurde Behauptungen von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen nicht einfach hinnehmen wollten die rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die am Freitagabend auf dem Synagogenplatz in Ihringen an der Mahnwache „Für Demokratie. Nie wieder Faschismus“ des SPD-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald teilnahmen. „Ein Zeichen setzen gegen Rechts“, „Flagge zeigen“, „In die Öffentlichkeit gehen“ und „Position beziehen“ - so lauteten die vorherrschenden Motive der hier Versammelten.



Anlass für diese Mahnwache war der 100. Geburtstag der deutschen Demokratie. Die Landtagsabgeordnete Sabine Wölfle, die südbadische SPD-Europakandidatin Luisa Boos und die Kreisvorsitzende Birte Könnecke zeigten in aufrüttelnden Reden die Gefahr auf, die derzeit von Neonazis für die Demokratie ausgeht. „Gesicht zeigen für eine offene, tolerante und friedliche Gesellschaft“, lautete der Appell, wie er auch gegenüber den Fernsehreportern von SWR 3 geäußert wurde.



Birte Könnecke

Birte Könnecke erinnerte an die letzte freie Rede nach der Machtergreifung der Nazis, die der Sozialdemokrat Otto Wels am 23. März 1933 im Berliner Reichstag hielt, mit der er im Namen der SPD die Ablehnung von Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ begründete. Die Erinnerung an seine Rede war 2018 Anlass für die erste Mahnwache gewesen. „Der Kampf gegen Rechts“ liege, wie die Geschichte zeige, der SPD quasi in den Genen, betonte die Sabine Wölfle. Sozialdemokraten seien während der Hitler-Diktatur verfolgt und getötet

worden. „Und deswegen ahnen wir, was derzeit wieder passiert.“



Sabine Wölfle

Der Anteil der Juden in Deutschland habe 1933 unter einem Prozent gelegen, legte die Politikerin dar. Und doch seien sie in den Augen der Nazis an allem schuld gewesen. Heute seien die Flüchtlinge die neuen Sündenböcke. Während die arme Rentnerin angeblich nichts bekomme, bekämen die Flüchtlinge alles, behauptete etwa der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier. Und so glaubten denn viele Leute, „es passiere in unserem Land eine ganz große Ungerechtigkeit“, sagte Wölfle. Mit dieser Mär halte man auch die eigenen Anhänger bei der Stange.

Wie die AfD sich in Bund und Land präsentiere, habe mit Parlamentarismus nichts zu tun, stellte die Politikerin fest. Es sei erschreckend, wenn ein Vertreter dieser Partei ungestraft öffentlich den Judenmord in seinem Umfang in Frage stelle. So nannte die Abgeordnete die AfD denn auch „eine rechtsnationale Partei, die eindeutig faschistisch ist“. Die AfD, so Sabine Wölfle, stehe unter dem starken Einfluss einer

etwa 40 Prozent umfassenden radikalen Gruppe rund um Björn Höcke. In dessen neuestem Buch könne man nachlesen, welche Ziele er verfolgt. Deshalb empfehle sie dieses Buch dringend zur Lektüre. Diese Höcke-Gruppe wolle ein anderes System, gab die Abgeordnete zu verstehen. Sie wollten, dass Rechte gegen Linke gegeneinander aufstehen, Deutsche gegen Flüchtlinge antreten und Kirchen sich gegeneinander aufbringen. Die Politikerin wörtlich: „Sie wollen Anarchie. Sie wollen unsere Länder unregierbar machen. Das steht in dem Buch drin. Und deshalb dürfen wir die Zeichen nicht unterschätzen.“ Ein neues Feindbild der AfD sei jetzt die Klimaaktivistin Greta Thunberg. In jeder Rede werde sie angegangen. „Und damit werden Tausende junger Menschen, die auf die Straße gehen und für ihre Zukunft kämpfen, verunglimpft. Dabei geht es nicht nur um eine intakte Umwelt, sondern auch eine intakte Demokratie.“

Luisa Boos wies darauf hin, dass die Neonazis heute nicht mehr angewiesen seien auf Aufmärsche, „sitzen sie doch in den Parlamenten“. Dass neueste Prognosen darauf hindeuten, dass ungefähr ein Drittel des künftigen europäischen Parlamentes rechts sein könnte, lasse einen nicht kalt. Nach den Ausschreitungen in Chemnitz habe sie anlässlich eine Demo in Freiburg von einer sehr alten Frau gehört, es sei schon zu spät, den Anfängen zu wehren. Für Konzerte gegen Rechts vielleicht, räumte die Europakandidatin ein. Es gehe

jetzt aber um den Kampf in den Parlamenten, sagte Luisa Boos. Die Demokraten seien aufgerufen, der Politik auf der Grundlage anerkannter Werte auch wieder Glaubwürdigkeit zurückzugeben: „Wir können uns weder leisten, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, noch können wir es uns leisten, dass sich Teile von Europa von Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz und Pressefreiheit verabschieden.“



Luisa Boos

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sei gerade im Süden und im Osten die Europäische Union zum Sinnbild des sozialen Abbaus geworden, erinnerte die Politikerin. Das habe nun aber nicht an Brüssel und dem Europäischen Parlament gelegen, sondern an der Vormachtstellung der nationalen Regierungen in Europa, die solidarische Lösungen verhindert hätten. Europa sei für die SPD seit 1929 ein Friedensprojekt. „Deshalb müssen wir zeigen, dass der Zusammenhalt unter den europäischen Staaten für uns wichtig ist“, sagte Luisa Boos.



Die SPD-Kreisvorsitzende Birte Könnecke sprach zum Thema „Täter und Opfer“. Rechtsextreme unterschieden zwischen „richtigen“ Opfern und „richtigen“ Tätern. Ausländische Frauen, die von deutschen Männern belästigt werden, seien demnach selbst schuld. Deutsche Frauen, die von deutschen Männern vergewaltigt werden, seien den Rechtsextremen keine Erwähnung wert, ebenso ausländische Männer, die ausländische Frauen vergewaltigten. „Es muss also das richtige Opfer, die deutsche Frau, auf dem richtigen Täter, den ausländischen Mann, treffen, damit man sich dann empört, Mahnwachen veranstaltet, nach Bürgerwehren ruft und überhaupt Recht und Gesetz erschüttert sieht“, verdeutlichte die Rednerin.



Besonders widerwärtig, so Birte Könnecke, werde es, wenn sich die AfD selbst als Opfer darstelle und ihre Anhänger – wie oft in den sozialen Netzwerken – als die „neuen Juden“ in Deutschland bezeichne. Die Kreisvorsitzende wörtlich: „Während sie nichts als Hass und Hetze streut, suhlt sie sich gleichzeitig in Selbstmitleid“. Da werde über Angreifer mit Kanthölzern fabuliert, da würden Farbbeutel-Attacken zu Mordversuchen hochstilisiert, „während man gleichzeitig Millionen von Naziopfern als ‚Vogelschiss‘ bezeichnet“. Aussagen in sozialen Netzwerken wie „Die Weiße Rose würde AfD wählen“, zeige das Ausmaß der Verachtung gegenüber den Opfern des Naziterrors.

„Ein ganz modernes Feindbild der neuen Rechtsextremisten ist Greta Thunberg“, sagte Könnecke. Das Mädchen sei für sie „noch gefährlicher als Adolf Hitler“. Die atheistischen Sozialisten seien schlimmer als die NSDAP, werde behauptet. „Was der NSDAP in den zwanziger Jahren die Arbeitslosigkeit war, das soll dem atheistischen Sozialismus der Klimaschutz werden. Was den einen der Führer ist manchen heute Greta“, zitierte die Kreisvorsitzende den AfDler von Laack.

Es gebe keine richtigen und falschen Opfer, unterstrich die Politikerin. „Ein Opfer ist ein Opfer und ein Täter ist ein Täter – unabhängig vom Namen, Herkunft, Hautfarbe oder Religion.“ Solche Beispiele, wie Opfer und Täter von den Rechten

vertauscht werden, gebe es viele, sagte Birte Könnecke. „Mein Problem ist einfach nur, dass mir jedes Mal speiübel wird, wenn ich diese Seiten aufrufe. Ich habe eine Allergie gegen diesen menschenverachtenden Dreck, der sich da auftut.“



Mike Schaefer

Kongenial war die Musik, mit der Gitarrist und Sänger Mike Schäfer aus Merdingen zusammen mit seiner Frau Gabriele die Mahnwache umrahmte. Da erklangen ergreifende sozialkritische Hits und Protestsongs von Bob Dylan (Times are changing), Johnny Cash (Man in black), Joan Baez (Donna Donna), Wolf Biermann (Ermutigung), Tracy Chapman (Talking about a revolution) und der Antilopen Gang (Beate Zschäpe hört U2). Am Schluss sangen alle „We shall overcome.“



Gabriele Schaefer



Oswald Prucker

Abschließend präsentierte der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Oswald Prucker eine Multiple-Choice-Quizrunde mit acht Fragen zur AfD und anderen Rechten. Sie präsentiere sich gerne als Partei des Volkes und erwecke den Anschein, fest in der Bevölkerung verwurzelt zu sein. Die Frage-runde zeigte indes auf, dass dies mitnichten so ist. Für heitere Überraschung sorgte, dass hier und da in den Aussagen das in seiner Absurdität und Verworrenheit eigentlich für unmöglich Gehaltene sich zu Lasten der Rechtspopulisten letztlich dann doch als die richtige Antwort erwies.

Bernd Michaelis

Opfer und Täter

Rede bei der Mahnwache in Ihringen am 5. April 2019

Wenn jemand Opfer eines Gewaltverbrechens wird, ist er ein Opfer. Wenn jemand eines begeht, ist er ein Täter. So weit, so einfach. Für mich. Und für Sie. Nicht aber für Rechtsextreme. Da muss man genau schauen, dass man auch das richtige Opfer und den richtigen Täter hat.

Im Saarland hat die Polizei eine Statistik veröffentlicht, dass ein Großteil der Täter bei Messerstechereien Deutsche (80%) sind. Die AfD wollte dies genauer wissen und fragte nach, ob es Namenshäufungen gäbe (vermutlich wohl um nachzuweisen, dass es sich nicht um „echte“ Deutsche handelte). Die gab es:

Michael (24 Fälle), Daniel (22 Fälle), Andreas (20 Fälle), Sascha (15 Fälle), Thomas (14 Fälle), Christian (13 Fälle), Kevin (13 Fälle), Manuel (13 Fälle), Patrick (13 Fälle), David (12 Fälle), Jens (12 Fälle), Justin (11 Fälle) und Sven (11 Fälle).

Somit hörte man davon nichts mehr, es handelte sich um falsche Täter. Einzelfälle. Ebenso gibt es falsche Opfer.

Ausländische Frauen, die von deutschen Männern sexuell belästigt werden, haben es in deren Wahrnehmung grundsätzlich verdient und sind selber Schuld. Ebenso übrigens deutsche Frauen, die von deutschen Männern vergewaltigt oder

misshandelt werden. Jede vierte Frau erfährt in Deutschland sexuelle Übergriffe daheim in der Beziehung. Dies ist keine Erwähnung wert. Für Rechtspopulisten darf der deutsche Mann so etwas anscheinend.

Wenn ausländische Männer ausländische Frauen vergewaltigen, interessiert es auch nicht. Es muss schon das richtige Opfer (die deutsche Frau) auf den richtigen Täter (den ausländischen Mann) treffen, damit man sich empört, Mahnwachen ins Leben ruft, demonstriert, nach Bürgerwehren ruft und überhaupt Recht und Gesetz und die Grundfesten der Gesellschaft erschüttert sieht.

Besonders widerwärtig wird es, wenn sich die AfD selbst als Opfer darstellt und sich als „neue Juden“ bezeichnet. Während sie nichts als Hass und Hetze streut, wird sich gleichzeitig in Selbstmitleid gesuhlt. Da wird über Angreifer mit Kanthölzern fabuliert und Farbbeutelattacken zu Mordversuchen hochgeschraubt. Zugleich werden Millionen Opfer des Faschismus als Vogelschiss verunglimpft.

Aussagen in sozialen Netzwerken wie: „Die weiße Rose würde AfD wählen“ zeigt das Ausmaß der Verachtung gegenüber den Opfern des Nazi-Terrors.

Auf Facebook macht ein Sharepic die Runde. Es zeigt das Bild eines alten Mannes mit folgenden Worten: „Die Hetze, die zur Zeit gegen die Anhänger von Pegida oder AfD betrieben wird, erinnert mich stark an

die Nationalsozialistische Hetze vor Inkrafttreten der Reichsprogome.“

Unter diesem Satz steht der Name Aaron Grünberg, der ein angeblicher Holocaustüberlebender sein soll.

Die Internetseite Mimikama, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Falschnachrichten zu entlarven, schreibt hierzu: An Niedertracht ist dieses Bild kaum zu überbieten. Bei der abgebildeten Person handelt es sich nicht um „Aaron Grünberg“, sondern um Leon Greenman (Bildvergleich). Der gebürtige Brite Leon Greenman lebte zur Zeit der Nazi-Besetzung mit seiner Familie in den Niederlanden. Sie wurden nach Auschwitz-Birkenau geschickt. Seine Frau und sein Sohn wurden bei der Ankunft ermordet, Greenman überlebte 18 Monate lang Konzentrations- und Arbeitslager.

Er verstarb 2008, setzte sich jedoch Zeit seines Lebens gegen Faschismus und Rechtsextremismus ein.

Ein modernes Feindbild der neuen Rechten ist Greta Thunberg: Vorzeige-AfDler Michael van Laack schwadorniert über sie:

Was der NSDAP in den Zwanzigern die Arbeitslosigkeit, das soll dem atheistischen Sozialismus der Klimaschutz werden. Was den einen der Führer, ist manchen heute Greta. Eine Lichtgestalt, Hoffnungsträgerin, Wegweiserin in eine bessere Zeit. Der Unterschied zu Hitler – und das macht es noch gefährlicher: Der Führertyp Greta ist leichter austauschbar, man kann ein anders

Gesicht an die Spitze der Kampagne stellen, wenn die eigenen Strategen es für notwendig halten, um den Schwerpunkt auf andere Bereiche und Aspekte zu setzen.

Solche Beispiele, wie Opfer und Täter von den Rechten vertauscht werden, gibt es viele und ich hätte gerne noch mehr rausgesucht. Leider wird es mir jedesmal speiübel, wenn ich deren Seiten aufrufe und mir den braunen Dreck anschau. Auf dieses Ausmaß von Menschenverachtung reagiere ich allergisch.

Lassen Sie uns aufpassen und nicht den gleichen Fehler machen. Selbst in seriösen Medien ist es leider Sprachgebrauch, dass Ausländer Terrorakte begehen, während Deutsche psychisch verwirrte Einzeltäter sind. Oder wie jetzt in Christchurch „Amokläufer“.

Ich finde es übrigens an Absurdität kaum zu überbieten, wenn jemand europäischer Abstammung aus Angst vor Masseneinwanderung in Neuseeland Muslime tötet.

Lassen Sie uns nicht stumm zuschauen, wenn die Opfer eines Schiffsunglücks mit Hubschraubern geborgen werden, da es sich bei Kreuzfahrtreisenden um die richtigen Opfer handelt, während Schiffbrüchige auf Schlauchbooten ruhig er-saufen können und die Helfer sogar noch vor Gericht gezerrt werden.

Lassen Sie uns die einfache Wahrheit vom Anfang meiner Rede nicht aus den Augen verlieren:

Ein Opfer ist ein Opfer und ein Täter ist ein Täter. Unabhängig vom Namen, Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Jedes Opfer ist eines zu viel und jeder Täter ist einer zu viel.

Birte Könnecke

„Das ist ein Akt der Solidarität“

SPD-Kreisverband spricht sich für eine Impfpflicht bei Masern aus.

Einstimmig hat sich der Kreisvorstand der SPD Breisgau-Hochschwarzwald bei seiner Sitzung am Mittwoch in Müllheim für eine Impfpflicht bei Masern ausgesprochen. Da es sich um eine hochansteckende Krankheit handele, sei es ein Akt der Solidarität, sich impfen zu lassen.



Erörtert wurde die Frage, ob das Impfen dem Nichtimpfen vorzuziehen sei, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Masern jetzt auch im Landkreis ausgebrochen sind, wie die Vorsitzende Birte Könnecke mit-

teilte. Als promovierte Veterinärin bringt sie ausreichendes medizinisches Grundwissen mit. So verlief die Beratung in einer sehr sachorientierten Atmosphäre.

Festgestellt wurde, dass in der aktuell in den Sozialen Medien sehr kontrovers geführten Diskussion nicht nur an sich durchaus ernstzunehmende, hier aber völlig unbegründete Befürchtungen einiger weniger Eltern eine Rolle spielten, sondern eben auch - befördert durch Falschinformationen im Netz - viel Halbwissen, quasireligiöse Voreingenommenheiten und ein Naturfetischismus notorischer Impfgegner. So etwa nach dem Motto: „Der liebe Gott wird's schon richten“ oder „Das regelt die Natur von selbst“. Diese falsche Einstellungen sorgten in der Öffentlichkeit für erhebliche Verwirrung, so der Tenor.

Bei Masern könne man nicht aufs Impfen verzichten zeigten sich die SPD-Kreisvorstandsmitglieder überzeugt. Masern sei eine potentiell lebensbedrohliche Krankheit, vor allem für Kleinkinder, die erst mit 12 Monaten geimpft werden können und vorher keinen Schutz haben. Durch Impfen sei sie in der Vergangenheit stark eingeschränkt worden. Durch Impflücken komme es indes immer wieder zu lokalen Krankheitsausbrüchen. Um dies zu verhindern ist eine Impfabdeckung von 95% erforderlich.

Die Gefahr, an einer Impfung zu sterben, sei gegenüber der Schutzwirkung einer Impfung verschwindend gering, hieß es unter Verweis auf entsprechende Doku-

mentationen in seriösen Medien. Impfen helfe bei hochinfektiösen Krankheiten nachgewiesenermaßen tatsächlich. So sei etwa durch die Schluckimpfung die Kinderlähmung gänzlich ausgerottet worden. Dass nun aber „alte“, längst vergessen geglaubte Krankheiten wieder ausbrechen, habe mit Impfverweigerung zu tun.

Tückisch bei Masern sei, dass die charakteristischen äußeren Merkmale der Krankheit auf der Haut erst nach einer Inkubationszeit von acht bis zehn Tagen hervorträten, die Ansteckungsgefahr aber auch schon vorher gegeben sei, sagte Birte Könnecke. Darauf zurückzuführen ist der Umstand, dass jetzt nur nachweislich geimpfte Kinder in betroffene Schulen gelassen werden. Auch Lehrer müssen eine Immunität gegenüber der Krankheit nachweisen.

Bernd Michaelis

Flüchtlinge sprachlich fördern

Kreisdelegiertenkonferenz für Förderung des Vereins „Bildung für alle“.

Nur einen stark eingeschränkten Zugang zu Sprach- und Integrationskursen haben Menschen aus sogenannten C-Ländern wie Gambia oder Afghanistan. Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald machten sie ausweislich des 4. Integrationsberichtes 2018 den größten Teil der, wie es heißt, „Geflüchteten mit Aufenthaltsgestattung“

aus (731 Personen = 46 Prozent). Um so enttäuschender sei, dass der Landkreis Förderkurse für diesen Personenkreises kaum unterstützt, bemängelt die vor einem Jahr gegründete SPD-Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“. Zitat: „Der Kreis findet zwar viele warme Worte für das vielfältige ehrenamtliche Engagement, aber finanzielle Unterstützung fehlt weitgehend.“



Auch pocht die Arbeitsgemeinschaft (AG) vor diesem Hintergrund darauf, dass der Freiburger Verein „Bildung für alle“, der auf ehrenamtlicher Basis kostenlose Sprachkurse für unterschiedslos alle Geflüchtete anbietet, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald finanziell gefördert wird. Die SPD-Kreistagsfraktion wurde in einem von Bernd Engesser (Foto) eingebrachten Antrag gebeten, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Auch gab die AG der Fraktion mit auf den Weg, dass sie dafür eintreten möge, dass im Kreistag der Integrationsbericht öffentlich diskutiert werden soll. Ein entsprechender Antrag, eingebracht von Bernd Engesser, wurde bei der Kreisdelegiertenkonferenz Ende März in

Merzhausen bei zwei Gegenstimmen gutgeheißen.

Dass trotz aller Bemühungen ein erfolgreicher Abschluss nicht selbstverständlich ist, liege daran, dass in einer Ausbildung befindliche Flüchtlinge häufig nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügten, um den Anforderungen der Berufsschulen zu genügen, wird in dem Antrag dargelegt.

Zu den sogenannten C-Ländern gehören Afghanistan, Pakistan, Gambia, Ägypten und Nigeria. Sie stellen laut Integrationsbericht mehr als zwei Drittel der Auszubildenden mit Fluchthintergrund im Kreis. Anders als Flüchtlinge aus sogenannten A-Ländern wie Iran, Irak, Eritrea, Somalia und Syrien haben sie keinen regulären Zugang zu Integrationskursen und ausbildungsbegleitenden Hilfen.

Abgemildert wird dieser Zustand dadurch, dass zwölf Gemeinden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sich frühzeitig auf den Zuzug von Flüchtlingen vorbereitet haben und anstehende Integrationsprozesse etwa durch eigene Flüchtlings- und Integrationsbeauftragte fördern, wie Thorsten Culmsee, Dezernent für Jugend und Soziales, im Vorwort zum Integrationsbericht erläutert.

Um so erstaunlicher ist es, so die AG „Migration und Vielfalt“, dass derzeit 35 Menschen aus diesen benachteiligten C-Ländern im Landkreis eine handwerkliche Ausbildung machen. Das seien 58 Prozent aller Auszubildenden mit Fluchthinter-

grund. Nur 27 Prozent stammten aus den privilegierten A-Ländern. Belegt werde dies auch durch die Zahlen der Industrie- und Handelskammer: 36 von 63 Geflüchteten befänden sich in Ausbildung (57 Prozent) und stammten aus Gambia und Afghanistan.

In Handwerk sowie Industrie und Handel gebe es aber ein Problem: eine unzureichende Ausbildungsförderung durch staatliche Stellen. Dabei könnten laut Handwerkskammer die Geflüchteten einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung des Fachkräftemangels in Deutschland leisten, insbesondere in Berufen, für die kaum noch deutsche Jugendliche zu motivieren sind, wie etwa dem Bäckerberuf.

Laut Kreisstatistik stellen junge Geflüchtete aus Gambia die weitaus größte Untergruppe dar, die in ein Ausbildungsverhältnis eingetreten ist (22 Personen). „Hier bleibt zu hoffen, dass geeignete und flexible Nachhilfemodule die bei vielen noch immer starken Defizite in der deutschen Sprache parallel zum Berufschulunterricht zu kompensieren vermögen“, erklärt die Arbeitsgemeinschaft. Sprachförderung auch für Geflüchtete aus C-Ländern sei „kein Almosen“, sondern „ein wichtiger Baustein einer zielführenden Wirtschaftsförderung“.

Für besonders unterstützenswert hält die AG in diesem Zusammenhang den im Integrationsbericht erwähnten Freiburger Verein „Bildung für alle“, der auf ehrenamt-

licher Basis seit 2015 kostenlose Deutschkurse für „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ anbietet, und zwar für Flüchtlinge aus allen Ländern. Durch die Einrichtung einer Kinderbetreuung haben Frauen unter den Schülern einen beachtlichen Anteil von 28 Prozent, „ein absoluter Spitzenwert“, wie betont wird.

Obwohl 69 Prozent der Schüler dieses Bildungsvereins im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald wohnen und nur 26 Prozent im Stadtkreis Freiburg, unterstütze Freiburg „Bildung für alle e. V“, der Landkreis hingegen nicht. Die SPD-Fraktion möge deshalb im Kreistag einen Antrag einbringen, den Verein „Bildung für alle“ mit einem jährlichen Zuschuss von 75.000 Euro aus den Mitteln des Landkreises zu fördern, wurde bei der Kreisdelegiertenversammlung mit großer Mehrheit entschieden.

Bernd Michaelis

Menschenwürdige Unterkünfte

Hilfe für Obdachlose: SPD-Kreisverband stellt Antrag an die Landtagsfraktion.

Die SPD-Landtagsfraktion möge sich für eine Verbesserung der Unterbringung und Betreuung Obdachloser einsetzen, heißt es in einem Antrag des SPD-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald, der bei der Delegiertenversammlung Ende März in

Merzhausen einmütig verabschiedet wurde.



Der Kreisverband hält es für geboten, dass bei der Unterbringung gewisse Mindeststandards hinsichtlich Raumgröße und Ausstattung eingehalten werden. Ferner geht es der Kreis-SPD darum, Obdachlose bei der Rückkehr in geregelte Lebensverhältnisse zu unterstützen. Dabei unerlässlich sei eine psychosoziale Betreuung, für deren Finanzierung sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion einsetzen möge, heißt es in dem Antrag. Die Kommunen könnten das dafür benötigte Geld nicht bereitstellen, wird dargelegt. Und weiter wörtlich: „Hier muss das Land seine Pflicht erfüllen.“

Ohne eine solche Betreuung sei eine von den Obdachlosen gewünschte Rückkehr in ein „normales Leben“ aber nicht zu schaffen, wird zu bedenken gegeben. Die derzeitigen Hilfen der Sozialverbände beschränkten sich oft auf den Umgang mit Behördenformularen. Für mehr sei weder Zeit noch Geld vorhanden.

Bemängelt wird, dass in der Frage der Unterbringung von Obdachlosen im Land derzeit keine Mindeststandards zu beachten seien. Das sei aber nicht hinzunehmen, weil es letztlich um die Wahrung der Menschenwürde gehe, wird erläutert. Und zu dieser sei unser Staat laut Grundgesetz verpflichtet. Deshalb müssten solche Mindeststandards verpflichtend vorgeschrieben werden. Durch Obdachlosigkeit würden nämlich auch wichtige Individualrechte wie Recht auf Leben, auf Gesundheit und auf körperliche Unversehrtheit gefährdet, heißt es in der Begründung.

Sachlich zuständig für Obdachlose, die eine Notunterkunft suchen, sind vor Ort in der Regel alle Gemeinden und Städte. Sie nehmen die Aufgabe der „Obdachlosenzentrale“ als Pflichtaufgabe wahr. Dies auf der Grundlage der jeweiligen Polizei- und Ordnungsgesetze der Bundesländer. Nun sei aber die Unterbringung in Notunterkünften in den Kommunen sehr unterschiedlich geregelt, heißt es in der Antragsbegründung weiter: Während einige Gemeinden tatsächlich versuchten, eine die Menschenwürde wahrende Unterkunft zur Verfügung zu stellen, bevorzugten andere Gemeinden eine Art Abschreckungsstrategie.

Bernd Michaelis

Der Nationalstaat ist ein Irrweg

SPD-Generalsekretär Sascha Binder erteilt in Merzhausen rechten Zukunftsfantasien ein klare Absage.

Auf die sozialen und sicherheitspolitischen Verbindungen zwischen Kommunalpolitik und Europapolitik wies SPD-Generalsekretär Sascha Binder bei der Kreisdelegiertenkonferenz Ende März im Bürgersaal des Rathauses von Merzhausen hin. Eine nationalstaatliche Orientierung sei der falsche Weg, betonte er im Blick auf die anstehende Europawahl.



Eine klare Absage erteilte er der im rechten Lager verbreiteten Annahme, dass die Rückbesinnung auf den Nationalstaat die Zukunft sei. Unabhängig von der Frage, was man denn als Nationalstaat gegen Großmächte wie die USA oder China ausrichten wolle, gehe es ja schließlich auch um den Aspekt der inneren Sicherheit. Kriminelle, Terroristen und organisierte Banden machten an Ländergrenzen nicht halt, legte der Politiker dar. Und deshalb

spiele auch eine gute Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern eine wichtige Rolle. Und Interpol müsse gestärkt werden.

Was nun aber für die innere Sicherheit gelte, sei auch für die soziale Sicherheit in Europa von Bedeutung, betonte Sascha Binder. Man müsste sich nur mal in den Innenstädten umsehen. Da gebe es viele Leerstände. Die Situation des Einzelhandels habe sich verschlechtert, gab Binder zu verstehen.

Das sei letztlich aber nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine soziale Frage, müsse man sich doch fragen, wo sich die Leute überhaupt noch treffen. Ja, beim Bäcker oder beim Metzger noch. Doch viele, die früher ihre Einkäufe über den Einzelhandel getätigt hätten, erledigten dies heute vielfach über das Internet. Während aber der Bäcker und der Metzger und der Einzelhändler vor Ort ordentlich seine Steuern zahlten, umgingen internationale Großkonzerne wie Amazon diese Pflicht, indem sie sich aussuchten, in welchem Land sie ihre Abgaben entrichten wollen. Geld verdienen sie aber überall auf der Welt. Und deshalb, so Sascha Binder, sei es richtig, die Digitalsteuer zu fordern. Die europäischen Staaten könnten im Verbund mit den Kommunen dafür sorgen, dass diese Global Player ihrer Verantwortung gerecht werden und für das, was sie umsetzen, auch ordentlich Steuern zahlen. Und dafür trete die SPD ein. Ebenso für

einen einheitlichen Mindestlohn, „der die Menschen in Europa näher zusammenbringt“.

Erfreut zeigte sich Sascha Binder darüber, dass die Bundes-SPD sich in jüngster Zeit verstärkt darum bemühe, Antworten zu finden auf die Frage, wie es denn aussieht mit unserem Sozialstaat. Und da spiele die Grundrente eine entscheidende Rolle. Wer 35 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt habe, habe auch Anspruch darauf, aufgrund seiner Lebensleistung mehr zu beziehen als nur Sozialhilfe. Und da es sich hier um Rentenbezüge handle und nicht um soziale Leistungen, dürfe es auch gar keine Bedürftigkeitsprüfung geben, unterstrich der Politiker. Da ja auch die Grundrente zu versteuern ist, nehme eine solche Prüfung eh das Finanzamt vor.

Es gehe aber auch darum, klarzumachen, dass diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, am Ende nicht befürchten müssen, bei einem wirtschaftlichen Abschwung innerhalb kürzester Zeit in Hartz IV, in die Sozialhilfe abzurutschen und Einschnitte hinnehmen zu müssen in das, was sie sich über ihren Lohn hinaus, ein Leben lang angespart haben. „Das ist ein wichtiges Signal an unsere Arbeitnehmerinnen und an der Arbeitnehmer“, sagte der Generalsekretär.

Einen Blick richtete Sascha Binder auch in die Zukunft. In einem „Prozess 2030“ wolle die SPD jetzt in fünf Fachforen zusammen auch mit nicht parteigebundenen Experten

darüber diskutieren, wie das Land Baden-Württemberg in 20 Jahren aussehen soll. Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit seien früher unter Erhard Eppler, Ernst Ulrich von Weizsäcker und Harald B. Schäfer einmal der Markenkern der Sozialdemokraten gewesen, erklärte der Redner und plädierte dafür, wieder stärker an diese Tradition anzuknüpfen, etwa mit den Themen Mobilität, Bildung und Wohnen. Wobei in Baden-Württemberg die Frage von besonderer Bedeutung sei, wie es mit der Automobilindustrie weitergehen soll. „Wenn man die Zuliefererindustrie und den Maschinenbau hinzunimmt, wird deutlich, wie abhängig das Land von diesem Industriezweig ist“, sagte Sascha Binder.

Die Ergebnisse dieser Fachforen würden dann im Januar 2020 zunächst in der Auftaktklausur der Partei und später der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie sollen im Blick auf die Landtagswahlen dann auch in das SPD-Wahlprogramm einfließen. So wolle die Partei inhaltlich ihr Profil stärken und in enger Abstimmung die Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Partei (Landesvorstand und Präsidium) verbessern, gab der Generalsekretär zu verstehen.

„Letztlich geht es um die Zukunft der SPD, vor allem aber um die Zukunft dieses Landes“, sagte Sascha Binder. Deshalb sei es wichtig, sich innerhalb der Partei nicht ständig mit sich selbst zu beschäftigen, sondern sich die Frage zu stellen, wie die

Zukunft von Baden-Württemberg aussehen soll. Der Politiker wörtlich: „Wir müssen rausgehen und auf die Menschen zugehen. Und das können wir nur, wenn wir inhaltlich gut vorbereitet sind, unser Profil schärfen und in der Partei zusammenhalten.“

Bernd Michaelis

„Das haben unsere Familien nicht verdient“

SPD-Generalsekretär Sascha Binder plädiert in Merzhausen für die Abschaffung der Kita-Gebühren, die er eine „Steuer“ nennt

Ein klares Bekenntnis zur Abschaffung von Kita-Gebühren und gegen die von den Grünen im Land favorisierte Staffelung dieser Gebühren legte der baden-württembergische SPD-Generalsekretär Sascha Binder bei der Kreisdelegiertenkonferenz am 30. März im Bürgersaal des Merzhausener Rathauses ab. Die Abschaffung der Kita-Gebühren sei nicht nur eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, sagte Sascha Binder, sondern auch der Frauenpolitik, der Familienpolitik und Wirtschaftspolitik.

Die SPD sei die einzige Fraktion im Landtag, die sage, Kindertagesstätten (Kitas) seien Bildungseinrichtungen. „Und für die Sozialdemokraten sind Bildungseinrichtungen gebührenfrei“, unterstrich Binder. Das habe etwas mit Bildungsgerechtigkeit

zu tun. Mit dieser Position, so der Generalsekretär, stehe die Partei im Landtag alleine da, dies allerdings nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern draußen im Land. Für diese Position gebe es bei den Menschen in Baden-Württemberg eine große Mehrheit. Deshalb habe SPD-Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch beim Landesparteitag auch für ein Volksbegehren in dieser Angelegenheit plädiert. Es geht darum, die Familien in Baden-Württemberg zu entlasten.



Die Abschaffung der Kita-Gebühren sei nicht nur eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, sagte Sascha Binder, sondern auch der Frauenpolitik, der Familienpolitik und Wirtschaftspolitik. Eine Staffelung der Kita-Gebühren, wie sie die Grünen im Lande fordern, gehe von falschen Annahmen aus, gab der Generalsekretär im Blick auf die in diesem Zusammenhang vielzitierte „Zahnarztgattin“ zu verstehen.

Es gehe doch nicht darum, „wer mit wem verheiratet ist“, sondern darum, Frauen, die

entweder gar nicht oder nur reduziert beginnen zu arbeiten, den Weg in eine dauerhafte Erwerbstätigkeit zu ebnen. Es könne doch nicht sein, dass Mütter aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit in eine höhere Stufe der familiären Einkommenssituation gelangen und dann höhere Kita-Gebühren zu bezahlen haben. Deshalb sei eine Staffelung der Kita-Gebühren frauenpolitisch fragwürdig und stehe dem entgegen, was die SPD wolle.

Die Antwort könne nur die Abschaffung der Kita-Gebühren sein, unterstrich der Redner. Damit einher gehe auch das wirtschaftspolitische Argument. Es seien zwar vor allem junge Frauen, die beim Schulabschluss Preise und Belobigung für besondere Leistungen abräumten, doch spiegele sich das später nicht im Arbeitsleben wider, weil die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf ein Problem und oft auch ein Hinderungsgrund sei.

Und deshalb könnte es nicht sein, dass Frauen, die arbeiten wollen, in Kauf nehmen müssen, dass ihr Zuverdienst komplett für die Kinderbetreuung draufgeht. Für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren sei derzeit in Baden-Württemberg im Schnitt ein Betrag von jährlich 3000 Euro aufzubringen, verdeutlichte Sascha Binder und ergänzte wörtlich: „Und deshalb sind Kita-Gebühren nichts anderes als eine Familiensteuer, und das haben unsere Familie nicht verdient.“

Kritiker anderer Parteien, so Binder weiter, verträten nun aber den Standpunkt, dass ohne Kita-Gebühren gewisse Qualitätsstandards nicht mehr einzuhalten seien. Man brauche aber sowohl die Qualität als auch die Abschaffung der Kita-Gebühren, zeigte sich Binder überzeugt. Gerade die SPD habe als eine der beiden Regierungsparteien zwischen 2011 und 2016 „ganz schön an der Qualität der Kindertagesstätten geschraubt“. Dies sowohl beim Ausbau der Plätze als auch beim Betreuungsschlüssel, legte der Politiker dar.

„Wir haben die Grunderwerbssteuer erhöht mit dem Ziel, mehr Geld in die Kleinkindbetreuung zu investieren“, rief der Redner in Erinnerung. Auf Betreiben der SPD sei auch der Betreuungsschlüssel in Kindergärten und Tageseinrichtungen (also das Verhältnis zwischen der Zahl der Kinder und der Zahl der Betreuer) innerhalb von nur einer Legislaturperiode von Platz 4 auf Platz 1 im bundesweiten Vergleich verbessert worden. „Also haben wir für Qualität in diesem Bundesland gesorgt“, betonte der SPD-Generalsekretär.

Ebenso hätten sich die Sozialdemokraten mit der drängenden Frage des Fachkräftemangels in den Kindertagesstätten auseinandergesetzt und mit einem großen Schritt hin zur so genannten Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) 2012 neue Wege beschritten, fuhr der Redner weiter (Anmerkung: Überwunden wurde damit die 150 Jahre alte klassische Ausbildung:

drei Jahre Schule, ein Jahr bezahltes Berufspraktikum. Eingeführt wurde ein „duales System“: drei Tage Schule, zwei Tage Praxis, drei Jahre mit bezahltem Vertrag).

Das sei nun aber nicht das Ende der Fahnenstange, kündigte Sascha Binder an. Das Geld, dass aus dem Guten Kita Gesetz dem Land Baden-Württemberg zur Verfügung stehe, solle auf Wunsch der SPD künftig sowohl der Qualitätssicherung als auch der Leitungsfreistellung in den Kindertagesstätten zugute kommen (Anmerkung: Kita-Leitungskräfte haben zu wenig Zeit für ihre Führungsaufgaben wie Pädagogik, Personal, Budget und Elterngespräche).

Wer 2017 auf einen bereinigten Überschuss im Landeshaushalt von 2,2 Milliarden Euro verweisen könne - „prognostiziert bis 2024 ist im Schnitt einen jährlicher bereinigter Überschuss von 900 Millionen Euro“ - der müsse es sich auch leisten können, dass Familien in diesem Land entlastet werden, betonte der SPD-Generalsekretär. Sascha Binder wörtlich: „Wenn der Ministerpräsident sagt, das ist zu teuer, sage ich: Sicher ist das zu teuer. Und zwar für die Familien in diesem Land, nicht aber für dieses finanzstarke Land Baden-Württemberg.“

Nun habe sich das Landesinnenministerium in den vergangenen Monaten mit der Frage befasst, ob dieses von der SPD angestregte Volksbegehren denn auch verfassungsgemäß sei. Nach der Ablehnung durch das CDU-geführte Innen-

ministerium hatten die Sozialdemokraten nämlich mit mehr als 17.000 Unterschriften anstelle der erforderlichen 10.000 Unterschriften ein erfolgreiches Volksbegehren für die Abschaffung der Kita-Gebühren gestartet, erinnerte der Redner.

Jetzt vertrete die Landesregierung offenbar den Standpunkt, dass Volksbegehren und Volksabstimmungen nicht zulässig sind, sobald sie finanzwirksam seien. Da wundere es ihn schon, dass Winfried Kretschmann, der mit einem Plädoyer für mehr Bürgerbeteiligung als „Bürgerministerpräsident“ angetreten sei, jetzt dem von ihm eigentlich gewünschten „Gehört-Werden“ und der Bürgerentscheidung eine klare Absage erteile, bekannte der Redner. Auch wundere es ihn, fuhr Sascha Binder fort, dass Kretschmann sich in dem ganzen Prozess bislang nicht ein einziges Mal zu dieser Sache geäußert habe.

Beim vom Bund aufgelegten Digitalpakt für Schulen habe der Ministerpräsident zwar die Gesetzgebungskompetenz der Länder beeinträchtigt und das Ende des Föderalismus heraufziehen gesehen, dann aber dem Gesetzeswerk doch zugestimmt. Jetzt vertrete er offenbar die Ansicht, dass auch durch das Gute Kita Gesetz die Kompetenz des Landes eingeschränkt sei, und zwar bei der Gestaltung der Kita-Gebühren. Das schließe das Gute Kitagesetz aber ausdrücklich aus, rückte der SPD-Generalsekretär die Tatsachen zurecht.

Der entscheidende Punkt, so der Jurist Sascha Binder, sei doch, dass Volksabstimmungen über das Staatshaushaltsgesetz im engeren Sinn (in dem der Landeshaushalt hinterlegt ist) laut Landesverfassung tatsächlich nicht zulässig sind. Die von der SPD eingereichte Klage berühre aber nicht das Staatshaushaltsgesetz an sich, gab der Politiker zu verstehen.

Nun müsse man schauen, zu welchem Urteil das Verfassungsgericht komme. Es werde in jedem Fall ein Urteil von ganz grundsätzlicher Bedeutung sein, „nicht nur für Baden-Württemberg, sondern für die ganze Republik“. Es sei ja der Verein „Mehr Demokratie Baden-Württemberg“ gewesen, der gerade deshalb für eine engere Fassung des Staatshaushaltsgesetzes eintrat, „weil sonst direkte Demokratie keinen Sinn gemacht hätte“, referierte Binder.

Und so gehe es schließlich um zwei Fragen: die familienfreundliche Abschaffung der Kita-Gebühren und die Zukunft der direkten Demokratie. Ein Urteils des Verfassungsgerichtes vor der Kommunalwahl am 26. Mai sei indes nicht zu erwarten. Mit dieser Forderung vertrete die SPD eine alte Position, sagte Binder. Das sei für sie nichts Neues. Doch habe sie im Landtag dafür keine Mehrheit.

Das bedeute aber nicht, dass das Thema im Wahlkampf keine Rolle spiele. Wenn es in den Ratsgremien um die Senkung von Kita-

Gebühren oder die Abschaffung von Kita-Gebühren gehe, laute die Standardantwort einer jeden Verwaltung immer wieder: Ja, das ist ja keine schlechte Idee, aber wir haben das Geld nicht. „Und das stimmt auch“, räumte Sascha Binder ein. Deshalb stehe hier auch das Land in der Verantwortung und nicht die Kommune.

Bernd Michaelis

Starke Unterstützung für Fridays for Future

Wir haben unsere Leserinnen und Leser nach ihrer Meinung zu den freitäglichen Schülerdemonstrationen für den Klimaschutz gefragt und eine recht eindeutige Antwort erhalten.

Rund 270 Stimmen wurden abgegeben und die allermeisten freuen sich darüber, dass die Jugend nun für ihre Interessen eintritt. Wenn wir mal davon ausgehen, dass die meisten Teilnehmer der Umfrage eher keine Jugendlichen waren, geht das mit dem Eingeständnis einher, dass die Erwachsenengeneration in der Klimafrage versagt hat und die Interessen ihrer Nachkommen ignoriert.

Noch eine Reihe von anderen Aussagen in diese Richtung bekamen recht ordentliche Stimmzahlen.

Großartig, dass die Jugend endlich für ihre Interessen eintritt. 87 | 33%

Demos ohne Änderung des eigenen Verhaltens helfen dem Klima nicht. 53 | 20%

Angeblich lernt man fürs Leben und nicht für die Schule. Das kann man auf den Demos besser. 37 | 14%

Es fällt eh soviel Unterricht aus, da kommt es auf die paar Stunden auch nicht an. 27 | 10%

Lernen für eine Zukunft, die absäuft, ist sinnlos. 25 | 9%

Schulpflicht! 20 | 7%

Streiks sollten grundsätzlich in Freizeit stattfinden. Insbesondere beim ÖPNV. 14 | 5%

Schulpflicht!!!!!!!drölf 4 | 2%

Mir doch egal. 0 | 0%

Man kann nicht gegen etwas streiken, das es gar nicht gibt. Was lernen die in der Schule eigentlich für einen Mist? 0 | 0%

Allerdings darf man diese Ergebnisse nicht als Blankoscheck verstehen, denn die zweitmeisten Stimmen erhielt die Forderung, dass der Einsatz auf dem Demos auch eine Veränderung der eigenen Gewohnheiten verlangt.

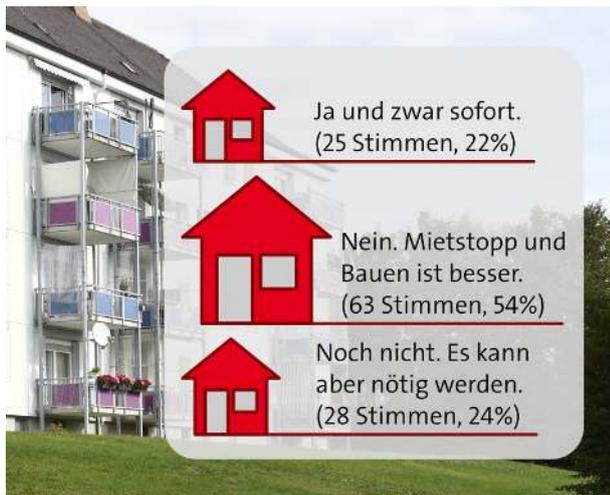
Dem gegenüber fallen die Hinweise auf die Schulpflicht relativ wenig ins Gewicht. Egal ist das Thema keinem unserer Teilnehmer und Zweifel an der Erderwärmung wurden ebenfalls nicht vorgebracht.

Fazit: Breite Unterstützung für die Kids und ein klarer Hinweis darauf, dass wir alle unser Verhalten ändern müssen.

Birte Könnecke und Oswald Prucker

Mehrheit gegen sofortige Enteignung

Die Mieten steigen und steigen und oft stehen große Wohnungskonzerne dahinter. Von den Linken kommt deshalb der Ruf nach Enteignung, den auch Teile der Grünen zumindest als ultima ratio unterstützen. "Eigentum verpflichtet" und dieser Grundsatz wird von den Konzernen missachtet.



Die SPD-Spitze ist trotzdem dagegen. Enteignungen dauern sehr lange und sind sehr teuer. Außerdem würde dadurch keine einzige Wohnung entstehen. Der Gegenvorschlag der SPD ist ein weitgehender Mietstopp für fünf Jahre und in dieser Zeit soll gebaut werden, was die Bagger hergeben.

Wir haben unsere Mitglieder im Landkreis gefragt und 116 von Ihnen haben sich zurückgemeldet und an unserer Blitzumfrage teilgenommen. Das Ergebnis ist relativ eindeutig.

Die große und absolute Mehrheit folgt der Bundespartei und sieht in einem Mietstopp und konsequentem Bauen die Lösung. Nur ein gutes Fünftel will sofort enteignen, ein knappes Viertel kann sich vorstellen, dass dieser Schritt nötig wird.

Oswald Prucker

Die SPD hat ein soziales und ökologisches Konzept

Vortrags- und Diskussionsrunde mit SPD-Vize Ralf Stegner im Bürgerhaus Grunern



Wer am 26. Mai nicht zur Wahl geht, laufe Gefahr, die EU den Rechtspopulisten zu überlassen, „die für nichts eine Lösung haben, aber für alles Sündenböcke“, sagte der Stellvertretende Vorsitzende der Bundes-SPD, Ralf Stegner, in Staufen-Grunern. Die AfD trete dafür ein, den Euro

abzuschaffen und die EU-Grenzen zu schließen. Das könne man nicht hinnehmen. Kein einziges Problem lasse sich heutzutage rein national lösen. Wer den Zusammenhalt in der EU gefährde, schwäche sie auch im globalen Wettbewerb. „Europa ist ein großes Wohlstands- und Friedensprojekt“, sagte der SPD-Vize, warnte vor einem ungeordneten Brexit und den unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen, befand, dass die Briten zu Europa gehören, und trat für ein zweites Referendum ein, „dass dann wohl anders ausginge“.

Der Vortrags- und Diskussionsabend begann als Frage- und Antwortspiel zwischen der Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Staufen, Dagmar Endle, und dem Gast aus Schleswig-Holstein. Der geborene Pfälzer bekannte, sich dem Breisgau, dem Markgräflerland und der Region am Oberrhein sehr verbunden zu fühlen.

Ralf Stegner betonte mehrfach, dass Arbeitnehmer von ihrem Einkommen leben können müssen. Die SPD habe 2003 durch die Agenda 2010 zwar einen Niedriglohnsektor geschaffen, sei nun aber dabei, die Fehler der Vergangenheit durch Sozialreformen zu korrigieren. Dabei gehe der Partei nicht um „Arbeit oder Umwelt“, sondern um „Arbeit und Umwelt“. „Wenn wir unsere Welt weiter ausbeuten, machen wir viele Gebiete dieser Erde unbewohnbar“, warnte der Politiker: „Die Menschen

kommen aus Regionen zu uns, wo Dürre herrscht, Bomben fallen und es kein sauberes Wasser und nichts zu essen gibt.“

Da aber Europa nicht alle Flüchtlinge aufnehmen könne, gelte es, die Fluchtursachen zu bekämpfen, zu denen auch die globale Klimakrise gehöre, sagte Ralf Stegner und begrüßte die Klimaschutz-Initiative „Fridays for Future“. Die jungen Menschen setzten sich schließlich für ihre eigene Zukunft ein, und deshalb müsse die Politik sie auch ernst nehmen. Die Nutzung der Energie aus Sonne, Wind und Wasser sei eine gute Sache. Klimaschutz sei besser als strahlender Atommüll und giftige Braunkohle-Emissionen.



Teilweise heftige Kritik wurde in der Diskussion geäußert. Angesichts der sozialen Verwerfungen im Land und der schlechten Umfragewerte empfand es ein Besucher als "blanken Hohn", dass sich die SPD weiterhin Volkspartei nennt. Stegner räumte Fehler ein und begegnete der Kritik mit Hinweisen auf das neue Sozialstaatskonzept der SPD. Pflegekräfte müssten ihre Ausbildung nicht mehr selbst bezahlen. Ohne die SPD gebe es auch keinen Mindestlohn und keine

Grundrente. Gerade jetzt habe die Partei in Berlin ein Pflegekonzept beschlossen.

"Wenn ihr wollt, das die zwei, drei Ziele, die wir uns setzen, realisiert werden, müsst ihr uns nur wählen", sagte Ralf Stegner.

Bezahlbare Wohnungen seien nahezu ein Luxus geworden, bedauerte der Redner. Dabei müssten Menschen mit normalen Gehältern wie Polizisten, Krankenschwestern Verkäuferinnen oder Busfahrer sich eigentlich ordentliche Wohnungen leisten können. Deshalb gehe es jetzt darum, die Mieterrechte zu verbessern und den Bodenwert vernünftig zu besteuern. Enteignung schaffe aber keine neuen Wohnraum.

Besser sei es, Sozialwohnungen zu planen und zu bauen. Die Grundrente sei ein Gebot der Gerechtigkeit, betonte der Politiker. Die SPD verstehe sich als Gemeinwohl-Partei. Ralf Stegner wörtlich: „Man muss Politik für die gesamte Gesellschaft machen, für die, die arbeiten, für die Rentner, für die, die Hilfe brauchen, aber auch für die, denen es gut geht.“

Industrielle Landwirtschaft kann nicht die Zukunft sein“, warnte der Redner. „Wir müssen im Einklang mit der Natur wirtschaften“, bekräftigte Stegner. Die Menschen seien in den vergangenen Jahren sehr viel gesundheitsbewusster geworden. Man müsse sich gesunde Nahrungsmittel aber auch leisten können, befand Stegner. Die hätten nun mal ihren Preis. „Lebensmittel, die wir aus Ländern der EU importieren, müssen die gleichen Tier- und

Umweltstandards einhalten wie bei uns“, forderte die SPD-Kreisvorsitzende Birte Könnecke. Im Blick auf das Tierwohl wurde in der Versammlung quälenden Lebend-Tiertransporten, die über weite Strecken und Ländergrenzen gehen, eine klare Absage erteilt. Die Politik müsse auch die teilweise „haarsträubenden Zustände“ in Schlachthöfen abstellen, ergänzte Ralf Stegner. „Im Agrarsektor müssen aber nicht alle Ökos sein. Ökologische und konventionelle Landwirtschaft können gut nebeneinander bestehen.“

Bernd Michaelis



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker,
Birte Könnecke

redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Andy Stoch macht Mut

Andy Stoch war vor kurzem zu Besuch in Löffingen, und ist dabei einer Einladung des Ortsvereins Neustadt und des Ortsvereins Löffingen gefolgt. Dabei begeistert und überzeugt er als Person. Als Erklärer von Standpunkten in der Politik. Als Zuhörer der nicht Ideologien verhaftet ist, sondern erfahren will, welche Themen und damit Sorgen den Bürgerinnen und Bürgern das Bauchgefühl bestimmen. Dass er überzeugt wird auch an den Folgetagen klar, an denen noch Stimmen von Besuchern der Veranstaltung, teils auch ungefragt, abgegeben werden.



Zunächst stand Andy Stoch nach der Begrüßung durch Kreisrat Norbert Brugger, der den Kontakt zum Landesvorsitzenden hergestellt hat, eine Stunde der SPD-Öffentlichkeit aus drei Landkreisen (Schwarzwald-Baar, Waldshut-Tiengen und Breisgau-Hochschwarzwald) zur Verfügung. SPD intern spricht er die Kritik an Andrea Nahles an. Die SPD Basis möge zur Vorsitzenden in der Bundes SPD stehen wie sie will. Es bleibt festzuhalten, dass es ihr

gelingt, die verschiedensten Strömungen in der SPD zusammen zu halten. Überhaupt ist es wichtig, dass die SPD in der Frage über den Umgang miteinander und vor allem mit dem Führungspersonal deutlich mehr Respekt an den Tag legt. Den Umgang mit Martin Schulz findet er, trotz aller Fehler die gemacht wurden, unmöglich. Die Lagerbildungen vor der Wahl zum Vorsitz der Landes SPD? Katastrophal. Es wird nach seinen Worten Zeit, dass die augenzwinkernd ausgerufene Bewegung „Sozialdemokraten in der SPD“ sich zu Wort meldet und sich gegenseitig stützt. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist es wichtig, dass wir uns um das Bauchgefühl kümmern. Die Themen die dort grummeln, sich Raum suchen und die Wähler für Strömungen empfänglich machen, müssen wir ansprechen und Lösungen bieten. Und uns vor allem nicht gegenseitig beharken.



Über 40 Personen misst die Zahl der Zuhörer nachdem die geladenen Mandatsträger aus den Gemeinden und im Kreis sowie die Bevölkerung dazu stößt. Seine Rede, ein flammendes Plädoyer für

Europa. Klimawandel national lösen? Handelsfragen auf Ebene von europäischen Einzelstaaten gegenüber USA und China klären? Wer nicht mit den Großen am Tisch sitzt wird verspeist. So das Szenario von Andy Stoch mit Blick auf den Glauben mancher europäischer Staaten im Alleingang außerhalb der EU am Tisch der großen Handelsnationen eine Stimme mit Gewicht Stimme zu haben.



Weitere Themen: E-Mobilität. Sie wird kommen, aber der Verbrenner wird nicht von heute auf morgen verschwinden. Wichtig ist, dass die großen Autohersteller das Umdenken schaffen, und die Anforderungen zukünftiger Mobilität erkennen. Damit die Veränderung bei den Beschäftigtenzahlen nicht zu hart ausfällt.

Ärzteversorgung? Die SPD möchte Ärztezentren einführen, die bereits in Gemeinden zwischen 5.000 bis 10.000 Einwohnern die Versorgung sichern, und der Bevölkerung im ländlichen Raum das gute Bauchgefühl geben, dass die Versorgung vor Ort möglich ist.

Natürlich die kostenfreie KiTa. Und dabei gibt er auf Nachfrage des BM von Löffingen auch die Zusage, dass die SPD keine Versprechen an die Kommunen zu Kostenübernahmen gibt, die später wieder abgeschmolzen werden. Sofern die SPD das dann auch in der Hand hat. Dass die Forderung nach der kostenfreien KiTa dabei der Beginn und das Fundament einer gelingenden Bildungskarriere ist, wird von ihm nicht nur aus der Erfahrung als Kultusminister argumentiert, er flankiert es sogar mit Aussagen von Bildungsökonomien. Für Andy Stoch eine wichtige fachliche Unterstützung neben den reinen Bildungsexperten.

Die derzeit „kommunalfeindlichste Landesregierung seit langem“ solle bitteschön gegenüber den Kreisen und Kommunen auch mehr Vertrauen schenken was die Abrechnung der Kosten für die Flüchtlinge anbelangt. Es ist unverantwortlich, durch die schleppende und bürokratische Abrechnungsweise die Kostenträger vor Ort in Liquiditätsschwierigkeiten zu bringen.

Der Wunsch nach einer Reduzierung von Regeln, die uns nur deshalb überfluten, weil in unserer heutigen Gesellschaft der Vollkaskomentalität sofort nach dem Schuldigen gesucht wird treibt ihn um. Manchmal wären 95 % Regelung auch schon ein Erfolg.

Andy Stoch verabschiedet sich und lässt die SPD Mitglieder mit einem Gefühl des

Rückenwindes zurück. Am Ende der Veranstaltung sind die Zuhörer überzeugt, dass Sie einen respektable Persönlichkeit und Glücksfall für die SPD Baden-Württemberg getroffen haben. Einen Landes- und Fraktionsvorsitzenden den man gerne in verantwortlichen Positionen wieder treffen würde.

Dieter Köpfler



Mitgliederstatistik

Im März ist unser Mitgliederbestand leider von 902 auf 898 gesunken. Wir durften zwar sieben Neumitglieder begrüßen, drei davon im Juso-Alter.

Leider haben uns aber auch elf Mitglieder verlassen, drei davon sind leider verstorben.

Von unseren 898 Mitgliedern sind rund zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen.



Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Dienstag 14. Mai, Dienstag, 11. Juni, Montag, 8. Juli. Immer um 19 Uhr und immer im Elsässer Hof, Breisach.



Hochschwarzwald

Jeden vierten Mittwoch im Monat und zwar am 24. April, 22. Mai, 26. Juni und jeweils um 19.30 Uhr und immer im Hotel Jägerhaus, Postplatz 1-2, Titisee-Neustadt

Breisgau

Immer um 19:30 Uhr und zwar am 16. Mai in der Reblandklausur und am 13. Juni im Bolando.

Lesung: Was machen Politiker eigentlich beruflich?

Mit Bijan Kaffenberger



26. April 2019, 18:30 Uhr, Buchhandlung Pfister, Bahnhofstraße 22, 79189 Bad Krozingen

Bijan Kaffenberger, direkt gewählter Abgeordneter im hessischen Landtag,

Ökonom und Youtuber, kommt zu uns und liest aus seinem Buch "Was machen Politiker eigentlich beruflich?". Anschließend gibt es die Möglichkeit zur Diskussion.

Foodtruck & Europa Challenge

Der SPD Europa Foodtruck kommt in die Region. An vier Terminen steht er mit Waffeln, Kaffee und Softgetränken auf zentralen Plätzen im Kreis.



Nutzt die Gelegenheit für einen Kaffee und Gesprächen mit der Europakandidatin Luisa Boos und den Kommunalwahlkandidierenden. Macht mit bei der Europa Challenge und unserem Glücksrad.

Müllheim – Werderstrasse

Montag, 29.04.2019, 13:00 Uhr - 14:30 Uhr.

Breisach – Neutorplatz

Montag, 29.04.2019, 16:00 Uhr - 17:30 Uhr.

Neustadt – Edeka, Freiburger Straße

Samstag, 11.05.2019, 16:00 Uhr - 17:30 Uhr.

Bad Krozingen – Lammplatz

Montag, 20.05.2019, 16:00 Uhr - 17:30 Uhr.

100 Jahre SPD Breisach

1. Mai 2019 – 15:00 Uhr – Bahnhof Breisach



Mit Festzug in historischen Kostümen über die Breisacher Innenstadt zur Evangelischen Kirche. Dort Kaffee und Kuchen, Musik und Rückblick auf 100 Jahre Sozialdemokratie in Breisach.

Ausklang bei Musik und Tanz.

100 Jahre SPD Münstertal

4. Mai 2019 – 15:00 Uhr – Belchenhalle im Münstertal

Mit einer Festrede von Gernot Erler zur Geschichte der Sozialdemokratie.

Für Speis und Trank ist reichlich gesorgt.



Bild: Von Aaron Kurz - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=49864361>

Run for Europe

19. Mai 2019 – 11:00 Uhr – Breisach

Wir laufen für Europa, für Frieden und Freiheit. Macht mit!

Sieben Kilometer über die Rheinbrücke zur Rheininsel und zurück. Anmeldung und weitere Info auf run-for-europe.eu

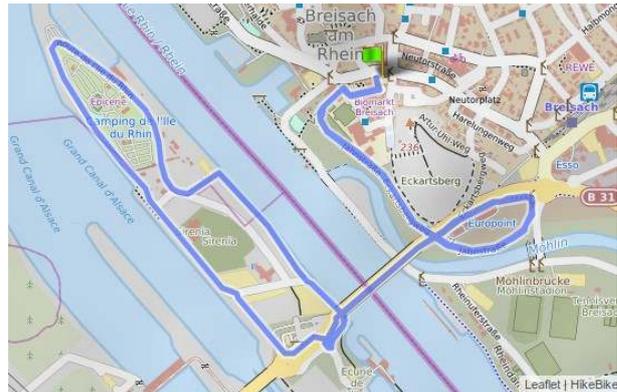


WIR LAUFEN FÜR EUROPA
FÜR FRIEDEN & FREIHEIT!
DAGMAR UND BERND ENGESSER

19.5.2019, 11:00 UHR
Breisach Marktplatz

Anmeldung:
www.run-for-europe.eu

komm lauf mit



KOMMT ZUSAMMEN!

SPD

ZUSAMMENHALT

#EUROPAISTDIEANTWORT